

# Die Zusammenarbeit ist der Schlüssel zum Erfolg

*Landwirtinnen und Landwirte sind Dreh- und Angelpunkt für das Überleben des gefährdeten Rebhuhns*

**Schefflenz.** (zg) Das Rebhuhn braucht Hilfe. Und damit das gelingt, müssen viele Interessengruppen an einem Strang ziehen. Naturschützer, Jäger und Landwirte – sie sind sogar der Dreh- und Angelpunkt des Schutzprojekts im Schefflenztal. Denn da das Rebhuhn in seinem Lebenszyklus vollständig an die Agrarlandschaft angepasst ist, muss der Rebhuhnschutz in betriebliche Abläufe integriert werden, um zu gelingen.

Zum bereits dritten Mal lud die Initiative unter der Federführung des Naturschutzreferats am Regierungspräsidium Karlsruhe jene zentralen Akteure zu einem Infoabend ein. Auch Minister Peter Hauk war bei dem Treffen dabei. Dirk Büttner, Leiter des Fachdienstes Landwirtschaft beim Landratsamt NOK, betonte, dass die Landwirtschaft in der heutigen Gesellschaft vielfältige Aufgaben zu erfüllen habe. „Deshalb ist es wichtig, dass sie für ihren Beitrag zum Naturschutz angemessen entschädigt werden“, so Büttner. Die landwirtschaftliche Sicht auf den Rebhuhnschutz sowie die Förderinstrumente aus Naturschutz und Landwirtschaft waren anschließend das Kernthema der Veranstaltung.

Judith Knebel vom Regierungspräsidium Karlsruhe hob eingangs die anhaltend gute Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Schefflenztal hervor. „Ein wichtiger Erfolgsfaktor im Naturschutz“, wie Knebel bemerkte.

Dr. Elmar Werling von der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft Neckar-Odenwald gab einen Überblick über den

aktuellen Rebhuhnbestand. Die bisherigen Beobachtungen aus dem Monitoring ließen für 2025 auf weniger Brutpaare als 2024 schließen. Dies sei vermutlich auf die ungünstigen Wetterbedingungen in der letzten Brutsaison zurückzuführen. Nach wie vor befindet sich aber im Schefflenztal die größte Rebhuhnpopulation des gesamten Regierungsbezirks, und auch im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands stehe das Projektgebiet gut da. „Wir haben in den letzten dreieinhalb Jahren viel erreicht, aber wir dür-

fen in unseren Schutzbemühungen nicht nachlassen“, lautete Werlings Resümee.

Unkraut vergeht nicht? – Stimmt nicht! Das wurde im Vortrag von Judith Knebel vom Regierungspräsidium deutlich. Von rund 220 Ackerwildkrautarten in Baden-Württemberg sind fast 100 ausgestorben, gefährdet oder stark im Rückgang begriffen. Ackerwildkräuter bilden aber gemeinsam mit dem Bodenleben die Basis der Nahrungspyramide für die Tiere der Feldflur. Naturschutzfachliches Potenzial von Ackerflächen erkennen und

fördern, aber frühzeitig und angemessen auf problematische Entwicklungen reagieren – so lautet die große Herausforderung, für die nach Knebels Überzeugung vor allem eines wichtig ist: Landwirtschaft und Naturschutz müssen miteinander im Gespräch bleiben.

Individuelle Beratung, wie Landwirtinnen und Landwirte Rebhuhnschutz auf ihren Flächen umsetzen können, erhalten diese bei der Unteren Landwirtschaftsbehörde und dem Landschaftserhaltungsverband Neckar-Odenwald-Kreis. Die Möglichkeiten für finanzielle Unterstützung sind vielfältig: Naturschutzfachkraft Lina Sauter und Biodiversitätsberater André Heinbücher erläuterten die Palette an Fördermöglichkeiten aus der Landschaftspflegeverordnung (LPR), den Ökoregelungen und dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (Fakt). 2024 wurden die Fördersätze der LPR angepasst, um den steigenden Kosten in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen.

Insgesamt wurden im Projektgebiet seit 2022 inzwischen auf rund 110 Hektar LPR-Verträge für den Schutz des Rebhuhns abgeschlossen. Durch den Verzicht auf Düngemittel und Pflanzenschutzmittel, die Verringerung der Saatstärke und eine günstige Fruchtfolge können Äcker zu wahren Hotspots der Biodiversität werden. Ein wichtiger Bestandteil des Rebhuhnschutzes sind darüber hinaus die überjährigen Buntbrachen, die auch über den Winter nicht gemäht oder umgebrochen werden.



Rebhühner im Familienverband. Im Schefflenztal gibt es ein besonderes Schutzprojekt; zentral für das Gelingen sind die Landwirte, und die wurden nun informiert. Foto: Jan Wagner